Deutscher Bundestag **Drucksache 18/7509**

18. Wahlperiode 12.02.2016

Fragen

für die Fragestunde der 154. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 17. Februar 2016

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Beck, Marieluise (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 12
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	33, 34
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	20
Brugger, Agnieszka (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 4
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	5, 10
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 40
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	7, 8
Dr. Hahn, André (DIE LINKE.)	16, 17
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 22
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	1, 2
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	15, 28
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 42
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37, 38
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 36
Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 32
Dr. Neu, Alexander S. (DIE LINKE.)	25, 26
Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 9
Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 30
Rüffer, Corinna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 14
Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 27
Weinberg, Harald (DIE LINKE.)	23

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Seite

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts 3

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern 5

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales 9

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft 9

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung 10

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit 12

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur 13

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit 14

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung .. 15

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 16

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes 16

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

1. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Was ist der Bundesregierung darüber bekannt, inwiefern die Europäische Kommission oder der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) in den Jahren 2015 und 2016 Ausbildungs- oder Unterstützungsmaßnahmen für ukrainische Polizei- und/oder Gendarmerieeinheiten durchgeführt hat oder solche plant, und was ist der Bundesregierung über die konkreten Adressaten (bitte die Behörden benennen) und vermittelten Techniken eines vierwöchigen Trainings bekannt, das die rumänische Gendarmerie unter Federführung des EAD und der EU-Unterstützungsmission für die Ukraine zusammen mit der paramilitärischen Europäischen Gendarmerietruppe EUROGENDFOR und weiteren Einheiten aus Spanien, Frankreich und Portugal durchführte (http://someseanul.ro/un-jandarm-roman-instruieste-politisti-ucraineni/) und bei dem unter anderem „Anti-Eskalations-Techniken“ vermittelt worden sein sollen (Pressemitteilung EUAM Ukraine vom 11. Februar 2016)?

2. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Welche Planungen oder Absprachen existieren unter den Beteiligten des NATO-Einsatzes gegen staatlich nicht kontrollierte Migration in der Ägäis hinsichtlich der Frage, an welchen Orten etwaige gerettete oder auf See aufgegriffene Geflüchtete von Bord gehen müssen (www.tagesschau.de vom 11. Februar 2016; bitte differenzieren nach Aufgriffen in türkischen, griechischen oder internationalen Gewässern und wenn möglich die Häfen benennen), und welche Defizite hinsichtlich grenzpolizeilicher oder polizeilicher Fähigkeiten der Ägäis-Anrainerstaaten oder auch der dort tätigen EU-Grenzagentur Frontex existieren aus Sicht der Bundesregierung, weshalb sie sich dafür einsetzt, das der organisierten Kriminalität zuzurechnende „perfide Geschäft der Schmuggler mit der illegalen Migration“ (www.tagesschau.de vom 11. Februar 2016) nicht mit weiteren zivilen (polizeilichen) Mitteln, sondern mit der Entsendung von Kriegsschiffen und -flugzeugen zu beantworten?

3. Abgeordnete **Agnieszka Brugger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Soll die NATO Standing Maritime Group (Verband 2) jenseits der Lagebilderstellung weitere Befugnisse im Rahmen des geplanten Einsatzes in der östlichen Ägäis erhalten (bitte einzeln unter Angabe der konkreten Bedingungen für Maßnahmen wie das Zurückdrängen von Schiffen und das an Bord Gehen, sowie das Festnehmen von Schleppern etc. aufschlüsseln)?

4. Abgeordnete **Agnieszka Brugger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie lautet im Wortlaut das Ersuchen, mit dem unter anderem die Bundesregierung kürzlich die NATO aufforderte, NATO-Kräfte in die östliche Ägäis zu entsenden?

5. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Mit welcher Begründung sollen im Gegensatz zu den im Rahmen der EU-Mission EUNAVFOR MED aus Seenot geretteten Schutzsuchenden, die zur Durchführung eines Asylverfahrens in die EU verbracht werden, die im Rahmen der NATO-Mission in der Ägäis geretteten Personen, die zwar aus der Türkei gekommen sind, aber in griechischen Gewässern aufgegriffen wurden, in die Türkei zurückverbracht werden, und wie genau lautet die diesbezüglich mit der Türkei getroffene Vereinbarung (www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-nato-startet-einsatz-gegen-schlepper-in-aegaeis-a-1076912.html)?

6. Abgeordneter **Omid Nouripour** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Setzt sich nach Kenntnis der Bundesregierung der Trend einer steigenden Anzahl von Binnenvertriebenen in Afghanistan fort, und welche Regionen Afghanistans sind nach Kenntnis der Bundesregierung von diesem Trend besonders betroffen (https://unama.unmissions.org/sites/default/files/unama_protection_of_civilians_armed_conflict_midyear_report_2015_final_august.pdf)?

7. Abgeordnete **Heike Hänsel** (DIE LINKE.)

Hat die Bundeskanzlerin bei ihrem letzten Besuch in der Türkei konkret Menschenrechtsverletzungen (wie z. B. die Rund-um-die-Uhr-Ausgangssperren, wodurch die Bewohner lange Zeit keinen Zugang mehr zu Nahrungsmitteln, Trinkwasser, Strom und medizinischer Versorgung haben, die tödliche Gewalt durch den Einsatz schwerer

Waffen durch türkische Behörden in Wohngebieten (AFP vom 21. Januar 2016), die Inhaftierung des Chefredakteurs der oppositionellen Zeitung Cumhuriyet, Can Dündar, sowie das Vorgehen der türkischen Behörden auf Weisung des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan gegen zahlreiche Akademiker, die eine Petition zu einer „Vernichtungspolitik“ der Türkei in Kurdengebieten unterschrieben haben) angesprochen, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Reaktionen seitens der türkischen Regierung bzw. des türkischen Präsidenten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

8. Abgeordnete **Heike Hänsel** (DIE LINKE.)

Inwieweit ist die Äußerung des Bundesinnenministers Dr. Thomas de Maizière, „[a]ber die Türkei, wenn wir von ihr etwas wollen, wie, dass sie die illegale Migration unterbindet, dann muss man auch Verständnis dafür haben, dass es dann im Wege des Interessenausgleichs auch Gegenleistungen gibt.“ (www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/schmusekurs-mit-erdogan-100.html) im Sinne der Warnung der Demokratischen Partei der Völker (HDP) an die Bundeskanzlerin und die EU vor einem „Tauschhandel“ mit der Türkei so zu verstehen, dass die Bundesregierung mit Rücksicht auf die erhoffte Mitarbeit Ankaras in der Flüchtlingsabwehr zu schweren Menschenrechtsverletzungen und illegaler Willkür in der Türkei schweigt (AFP vom 11. Februar 2016), und ist die Bundesregierung Berichten nachgegangen, dass die Türkei systematisch Bürgerkriegsflüchtlinge zurück nach Syrien abschiebt und damit gegen internationales Recht verstößt (www.tagesschau.de/ausland/tuerkei-abschiebung-101.html)?

9. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwiefern ist nach Ansicht der Bundesregierung die vom Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière geplante Abschiebungspraxis von Afghaninnen und Afghanen (siehe FAZ „Testflug nach Kabul“ vom 11. Februar 2015) vereinbar mit der Einschätzung des Auswärtigen Amts, nach der sich die Sicherheitslage in Afghanistan verschlechtert habe (siehe www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-rueckfuehrung-nach-afghanistan-kaum-moeglich-a-1062500.html)?

10. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Wie will die Bundesregierung für ein ausreichendes und qualitativ hochwertiges Integrationskursangebot sorgen, wenn die Einstellung qualifizierter Lehrkräfte in ausreichender Zahl aufgrund der nach Angaben unterschiedlicher Kursträger zu geringen Kostenpauschale in Höhe von zuletzt 3,10 Euro (nach einem mir vorliegenden Schreiben der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, des Deutschen Volkshochschul-Verbandes e. V. und des Bundesverbandes der Träger beruflicher Bildung (Bildungsverband) e. V. vom 3. Februar 2016 wird eine Pauschale von 4,40 Euro für erforderlich gehalten) nicht erfolgen kann, und wie soll der von der Bundesregierung angestrebte schnelle Spracherwerb zumindest bei Asylsuchenden mit so genannter hoher Bleibeperspektive gelingen, wenn auch dieser Teilgruppe ein Integrationskursbesuch in der monatelangen Wartezeit vor der förmlichen Asylantragstellung und während eines etwaigen Dublin-Verfahrens nicht möglich ist?

11. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ist die Bundesregierung zurückblickend der Meinung, dass die verkündete Grenzöffnung für Flüchtlinge durch die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 4. September 2015 rechtlich gesehen Unrecht war, und warum sieht die Bundesregierung darin keine Verletzung von Artikel 16a des Grundgesetzes?

12. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwiefern würde sich nach Auffassung der Bundesregierung die Bestimmung von Marokko zum sicheren Herkunftsstaat auf das Territorium der Westsahara bzw. die Volksgruppe der Sahrauis erstrecken, und warum erwähnt die Begründung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung zur Einstufung der Demokratischen Volksrepublik Algerien, des Königreichs Marokko und der

Tunesischen Republik als sichere Herkunftsstaaten nicht, dass sich „sahrauische politische Aktivisten, Protestierende, Menschenrechtsverteidiger und Medienschaffende ... mit einer Reihe von Einschränkungen in ihren Rechten ... konfrontiert [sehen] und ... häufig festgenommen, gefoltert oder anderweitig misshandelt und strafrechtlich verfolgt [werden]“ (Stellungnahme von Amnesty International vom 2. Februar 2016 zum Gesetzentwurf, S. 6)?

13. Abgeordnete **Corinna Rüffer** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wann sollen nach Kenntnis der Bundesregierung in Rheinland-Pfalz neben Trier noch an weiteren Standorten (bitte Standorte nennen) sogenannte vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) betriebene Ankunftszentren errichtet werden, die täglich innerhalb von 48 Stunden über den Aufenthaltsstatus von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern entscheiden sollen, und wie viele Asylbewerberinnen und Asylbewerber sollen nach Planung des BAMF in Zukunft täglich am jeweiligen Standort empfangen werden (bitte nach Standorten aufschlüsseln)?

14. Abgeordnete **Corinna Rüffer** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie wird vom BAMF sichergestellt, dass bei einem Schnellverfahren in den sog. Ankunftszentren, wie sie u. a. in Rheinland-Pfalz geplant sind, Asylbewerberinnen und Asylbewerber ihr Recht auf anwaltlichen Rat und Verfahrensberatung wahrnehmen können, und unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) nicht ohne rechtlichen Vormund und altersangemessenes Clearing dieses Schnellverfahren passieren?

15. Abgeordnete **Ulla Jelpke** (DIE LINKE.)

Wie hoch war die Zahl der im EASY-System registrierten Asylsuchenden in den Monaten Dezember 2015 bzw. Januar 2016 (bitte differenzieren und zudem nach den vier Hauptherkunftsländern auflisten; soweit damit nicht erfasst, bitte auch die Zahlen für die Länder Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Serbien, Tunesien, Marokko und Algerien nennen), und wie hoch war zuletzt der tagesaktuelle Zugang an Neuregistrierungen laut dem EASY-System)?

16. Abgeordneter **Dr. André Hahn** (DIE LINKE.)

Warum hat die Bundesregierung den Brief von 36 Bürgermeistern und dem Landrat des Landkreises Sächsische Schweiz–Osterzgebirge vom Oktober 2015 an die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zur Flüchtlingssituation im Kreis nicht beantwortet, und welche Ergebnisse brachten die Gespräche der am 16. Februar 2016 nach Berlin gereisten Bürgermeister und Landratsamtsvertreter mit dem Chef des Bundeskanzleramts Dr. Peter Altmaier und der Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, Dr. Emily Haber (siehe „17 Bürgermeister fahren ins Berliner Kanzleramt“, Sächsische Zeitung vom 9. Februar 2016)?

17. Abgeordneter **Dr. André Hahn** (DIE LINKE.)

Welche Mitglieder und Vertreter der Bundesregierung waren (als Zuschauer) bei Spielen während der Handball-Europameisterschaft 2016 der Männer in der Volksrepublik Polen dabei, und welche Mitglieder und Vertreter der Bundesregierung werden nach derzeitigem Planungsstand an Spielen während der Fußball-Europameisterschaft 2016 der Männer in Frankreich teilnehmen (bitte die jeweiligen Personen mit Funktion sowie Spiele nennen)?

18. Abgeordnete **Marieluise Beck (Bremen)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kann die Bundesregierung den Bericht des Magazins „DER SPIEGEL“ bestätigen, wonach der groß angelegte Hackerangriff auf den Deutschen Bundestag im vergangenen Jahr von deutschen Behörden mittlerweile „klar einem russischen militärischen Nachrichtendienst“ zugeschrieben werde (DER SPIEGEL, „Das Ende der Wahrheit“ vom 30. Januar 2016), und falls ja, welche Motive verfolgten nach Einschätzung der Bundesregierung die Angreifer?

19. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welcher Weise kooperiert das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) zwecks weiterer Aufklärung mit dem Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof (GBA) bei dessen laufendem Ermittlungsverfahren wegen Unterstützung ausländischer Terrorvereinigungen gegen einen bekannten sowie mehrere noch zu identifizierende BfV-Mitarbeiter, die den Ex-Verbindungsmann Irfan Peci des BfV (laut dessen Buch „Der Dschihadist“; vgl. stern vom 28. Mai 2015 und www.zdf.de vom 13. Oktober 2015: http://gruenlink.de/13r9, http://gruenlink.de/13ra, http://gruenlink.de/zy6) im Herbst 2009 zu mehreren Geldspenden aus BfV-Geldern an zwei

islamistische Vereinigungen veranlassten, welche er auch medial über vom Bundesnachrichtendienst (BND) finanzierte Server unterstütze (vgl. Bundestagsdrucksache 18/7187), und wann wird das BfV dem GBA die noch gesuchten o. g. Personen namhaft machen sowie administrative, organisatorische und personelle Konsequenzen aus den verfahrensgegenständlichen Vorgängen ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

20. Abgeordnete **Veronika Bellmann** (CDU/CSU)

Inwiefern kann die Mindestlohnkommission bereits jetzt bei ihren Entscheidungen die besonderen Einstellungshemmnisse von Flüchtlingen wie mangelnde Deutschkenntnisse und Mangel an nötigen Qualifikationen berücksichtigen, und inwiefern kann eine Gleichstellung von Flüchtlingen mit Langzeitarbeitslosen, mit einer bis zu sechs Monate dauernden Möglichkeit für Arbeitgeber, Arbeitnehmer unterhalb des gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro zu beschäftigen, für Flüchtlinge geschaffen bzw. ggf. auf bis zu weitere sechs Monate verlängert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

21. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie stellt sich nach Kenntnis der Bundesregierung der Pro-Kopf-Verzehr von Obst und Gemüse (zusammengefasst) im europäischen Vergleich dar (bitte für alle Mitgliedstaaten auflisten), und welcher Anteil der Bevölkerung in Deutschland erreicht die Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für den Verzehr an Obst und Gemüse nicht?

22. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie hat sich der Pro-Kopf-Verzehr an Obst und Gemüse in den vergangenen zehn Jahren in Deutschland entwickelt, und hält die Bundesregierung die bislang ergriffenen Maßnahmen für ausreichend, um einen höheren Anteil an Obst und Gemüse in den individuellen Speiseplänen durch geeignete Rahmenbedingungen zu unterstützen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

23. Abgeordneter
Harald Weinberg
(DIE LINKE.)

Wenn die Bundesregierung auf meine Schriftlichen Fragen, weshalb die Bundeswehr in ihrer aktuellen Kampagne zur Personalgewinnung eine Ärztin mit der Aussage „Möchten auch Sie für Ihre Patienten oder für den Profit kämpfen“ mit dem Argument wirbt, dass in der Bundeswehr im Gegensatz zum zivilen Bereich keine Profitorientierung stattfände, antwortet, dass im Rahmen dieser Kampagne „in plakativer Weise das sinnstiftende Element des Arbeitgebers Bundeswehr“ herausgearbeitet werden solle (vgl. die Antwort auf meine Schriftlichen Fragen 43 und 44 auf Bundestagsdrucksache 18/7331), worin besteht dann nach Auffassung der Bundesregierung das sinnstiftende Element, in Non-profit-Krankenhäusern zu arbeiten, und was hindert die Bundesregierung daran, auch im zivilen Bereich – etwa mit dem Verbot von Gewinnen und Verlusten im Krankenhausbereich – für vergleichbar sinnstiftende Krankenhäuser zu sorgen?

24. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Seit wann sind die AWACS-Luftfahrzeuge über der Türkei im Einsatz, und wie viele deutsche Soldatinnen und Soldaten sind an diesem Einsatz beteiligt (bitte nach Tätigkeitsfeld aufschlüsseln)?

25. Abgeordneter
Dr. Alexander S. Neu
(DIE LINKE.)

Welche Typen von Schiffen, U-Booten, Flugzeugen oder Drohnen haben die an der EU-Militärmission EUNAVFOR MED beteiligten Nationen bislang eingesetzt (bitte möglichst die Namen und Herkunft der Flug- und Fahrzeuge benennen), und welche Haltung vertritt die Bundesregierung hinsichtlich der Frage, inwiefern Ziel und Zweck der eigentlich gegen Fluchthelfer ausgerichteten

Operation (mit oder ohne Zustimmung eines libyschen Parlamentes) auch auf die Ausbildung oder technische Unterstützung der militärischen oder polizeilichen libyschen Grenzüberwachung (etwa der Küstenwache) erweitert werden sollte?

26. Abgeordneter **Dr. Alexander S. Neu** (DIE LINKE.)

Inwiefern stand ein in der fünften Kalenderwoche 2016 unter Beteiligung deutscher Kriegsschiffe abgehaltenes Manöver des Ständigen Maritimen Mittelmeer-Verbandes der NATO mit der türkischen Marine im Zusammenhang mit einer etwaigen gemeinsamen Militäroperation in der Ägäis, um dort Fluchthelfer aufzuspüren und aufzubringen (Pressemitteilung der Standing NATO Maritime Group TWO vom 8. Februar 2016, neues deutschland vom 9. Februar 2016), und was ist der Bundesregierung aus der Planung und Evaluierung des Manövers darüber bekannt, welche der dort eingesetzten Schiffe, Flugzeuge, U-Boote oder Satellitenkapazitäten die beteiligten Nationen auch im Rahmen einer solchen Operation gegen Fluchthelfer in der Ägäis einsetzen würden?

27. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Angaben macht die Bundesregierung zum geplanten und von der NATO beschlossenen Einsatz der Bundesmarine im Rahmen der NATO in der Ägäis, insbesondere zu den konkreten Aufgaben der Bundeswehr, dessen Zielen und dessen Rechtsgrundlage, aber auch zu der Ausstattung und Bewaffnung der eingesetzten Schiffe der Bundesmarine, und wie wird die Bundesregierung sicherstellen, dass sich der Einsatz nicht gegen die Flüchtlinge auf ihrer Flucht vor Krieg und Verfolgung aus der Türkei nach Europa, insbesondere nicht gegen deren Freiheit und Freizügigkeit, die ihnen auch durch deutsches, europäisches und internationales Recht garantiert werden, richtet und auswirkt?

28. Abgeordnete **Ulla Jelpke** (DIE LINKE.)

Inwiefern ist die Erklärung der Bundesministerin der Verteidigung, es sei mit Ankara „fest verabredet“, dass durch NATO-Schiffe beim Marineeinsatz der NATO in der Ägäis aus Seenot gerettete Flüchtlinge „zurück in die Türkei gebracht werden“ (AFP vom 11. Februar 2016), vereinbar mit dem Refoulement-Verbot der Genfer Flüchtlingskonvention bzw. der Europäischen Menschenrechtskonvention und dem EU-Asylrecht, wonach die Schutzbedürftigkeit von aus Seenot

geretteten Schutzsuchenden vor einer Zurückschiebung in einem fairen Asylverfahren geprüft werden muss (bitte auch die konkreten Rechtsgrundlagen für die vereinbarte Zurückweisung von Schutzsuchenden in die Türkei darlegen, in Auseinandersetzung mit dem Hirsi-Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 23. Februar 2012), und wie ist diese Verabredung damit vereinbar, dass auch nach der Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 26 (Plenarprotokoll 18/129, S. 12548, Anlage 24) die Türkei nach Artikel 38 der Richtlinie 2013/32/EU schon deshalb nicht als sicherer Drittstaat angesehen werden kann, in den Schutzsuchende ausnahmsweise unter bestimmten Bedingungen ohne Asylprüfung zurückgeschickt werden könnten, weil sie die Genfer Flüchtlingskonvention nur unter regionalem Vorbehalt anwendet (bitte darlegen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

29. Abgeordnete **Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie erklärt die Bundesregierung die widersprüchliche Zahl der in Deutschland in der Geburtshilfe tätigen Hebammen, die nach Angaben des Deutschen Hebammenverbandes wegen der gestiegenen Haftpflichtprämien im Jahr 2015 auf 2 670 gesunken ist – wodurch ein akuter Versorgungsnotstand in Geburtshäusern und Krankenhäusern entstanden sei, wo Hebammen häufig zwei oder drei Geburten gleichzeitig betreuen müssen –, während sie nach Angaben des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenkassen GKV um 2 Prozent auf 5 121 gestiegen ist?

30. Abgeordnete **Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Leistungen haben wie viele Hebammen in den Jahren von 2010 bis 2015 für ihre Arbeiten in Krankenhäusern, Geburtshäusern und in der Hausgeburt bei der GKV abgerechnet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

31. Abgeordneter **Stephan Kühn (Dresden)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welchen Zeitplan strebt die Bundesregierung für eine gesetzliche Regelung zur Fortführung des GVFG-Bundesprogramms an, die gleichzeitig die angekündigte Öffnung für Ersatzinvestitionen bei der geförderten ÖPNV-Infrastruktur enthält, und welche weiteren Änderungen sind hinsichtlich der Förderkriterien und Fördervoraussetzungen geplant?

32. Abgeordneter **Stephan Kühn (Dresden)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann wird die vom Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Alexander Dobrindt, angekündigte Offenlegung der Motorensoftware beim Typgenehmigungsverfahren in der Praxis umgesetzt, und wann gehen die staatlichen Prüfstände zur Nachkontrolle von Fahrzeugen in Betrieb (vgl. Bild am Sonntag vom 13. Dezember 2015)?

33. Abgeordneter **Herbert Behrens** (DIE LINKE.)

Handelt es sich bei dem Bericht zum Thema „Reform der Auftragsverwaltung im Bereich der Bundesfernstraßen“ (Ausschussdrucke 18(15)287) um eine ressortabgestimmte Position der Bundesregierung (bitte begründen), und welche Referate (bitte nach Bundesministerien aufschlüsseln) waren bzw. sind mit der Thematik der Reform der Auftragsverwaltung befasst?

34. Abgeordneter **Herbert Behrens** (DIE LINKE.)

An welchen legislativen Maßnahmen inklusive einer ggf. notwendig werdenden Grundgesetzänderung wird seitens der Bundesregierung derzeit bezüglich der Etablierung einer bundeseigenen Gesellschaft zur Bewirtschaftung der Bundesautobahnen bzw. Bundesfernstraßen gearbeitet (bitte Legislativmaßnahmen den federführenden Bundesministerien zuordnen), und welche Positionspapiere wurden der Bundesregierung diesbezüglich übersandt (bitte unter Angabe des Einreichers aufführen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

35. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welchen Zeitplan verfolgt die Bundesregierung zusammen mit den anderen EU-Staaten bei der Unterzeichnung der Minamata-Konvention zur Verringerung der Quecksilberemissionen aus Kohlekraftwerken, und welche „wenigen zusätzlichen Maßnahmen“ (siehe Website des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) www.bmub.bund.de/themen/gesundheit-chemikalien/gesundheit-und-umwelt/die-quecksilber-konvention-der-vereinten-nationen/) wird die Bundesregierung darüber hinaus umsetzen (bitte unter Angabe des Zeithorizonts)?

36. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Von welchen Umweltauswirkungen durch den geplanten Bau der Nord-Stream-Pipelines 3 und 4 (u. a. Munitionsräumung aus den Weltkriegen, Überdüngung der Ostsee durch Phosphateinleitungen, Leckagen der Pipeline durch Bodenbewegungen etc.) geht die Bundesregierung aus, und welche Studien zu potentiellen Umweltrisiken liegen der Bundesregierung vor (bitte einzeln aufschlüsseln unter Angabe, wo diese zugänglich sind) bzw. sind in Auftrag gegeben worden (bitte unter Angabe des Auftragsnehmers, Forschungsauftrags und der voraussichtlichen Fertigstellung)?

37. Abgeordnete
Sylvia
Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Verfügt die Bundesregierung mittlerweile über Erkenntnisse, dass bereits praktisch ausgeschlossen werden kann, dass die Reaktordruckbehälter der grenznahen französischen Atomkraftwerke Cattenom und Fessenheim durch ein ähnlich gravierendes Materialproblem wie die Reaktordruckbehälter der Atomkraftwerke Beznau 1, Tihange 2 oder Doel 3 geschwächt sind (zu den am 2. November 2015 noch nicht vorhandenen betreffenden Erkenntnissen vergleiche die Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 56 auf Bundestagsdrucksache 18/6603; ggf. bitte mit Darlegung der Erkenntnisse), und inwiefern hat sie diesbezüglich seit dem 2. November 2015 die französische Atomaufsicht aktiv gefragt (im Gegensatz zu einem Abwarten, ob Letztere von sich aus darüber informiert)?

38. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Bundesländer sind nach Kenntnis der Bundesregierung bis dato vor dem Bundesverfassungsgericht bezüglich der insgesamt neun Verfassungsbeschwerden gegen das Dreizehnte Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes durch eine Stellungnahme und/oder einen Verfahrensbeitritt aktiv geworden (bitte Angabe in der Art wie in der Antwort zu Frage 3 der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 18/442; zu den Verfassungsbeschwerden siehe erster Tabelleneintrag in der Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 105 auf Bundestagsdrucksache 18/6997)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

39. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwiefern sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, den Forderungen aus der Wissenschaftscommunity nachzukommen, die Bundesmittel für die HIV-Impfstoffforschung in Deutschland sowie deren Bündelung und Vernetzung aufzustocken und planungssicher zu verstetigen?

40. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Durch welche Maßnahmen will die Bundesregierung die internationale Vernetzung und Kooperation von HIV-Forschungseinrichtungen verbessern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

41. Abgeordneter **Uwe Kekeritz** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Was versteht das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unter „nachhaltiger Landwirtschaft“ in der Entwicklungszusammenarbeit (Antwort der Bundesregierung vom 8. Februar 2016 auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 18/7516), und inwieweit fördert beispielsweise die New Alliance for Food Security and Nutrition aus Sicht der Bundesregierung nachhaltige landwirtschaftliche Praktiken?

42. Abgeordneter **Uwe Kekeritz** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Haltung vertritt die Bundesregierung im EU-Ministerrat im Hinblick auf die Annahme des geplanten Wirtschaftspartnerschaftsabkommens mit der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC), und wie steht sie zu der möglichen vorläufigen Anwendung noch bevor ein Parlament (Europäisches Parlament bzw. nationales) zum Abkommen Stellung nehmen, bzw. dieses – wie in der Anhörung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages am 13. Januar 2016 von allen Sachverständigen gefordert – in einem Ratifikationsgesetz behandeln konnte?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

43. Abgeordnete **Britta Haßelmann** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie und auf welcher Rechtsgrundlage gedenkt die Bundesregierung zu verfahren, wenn ein Regierungsmitglied oder ein Parlamentarischer Staatssekretär plant, nach Ausscheiden aus der Bundesregierung in eine Tätigkeit im außerparlamentarischen Bereich zu wechseln und das sie in diesem Fall über die Karenzzeit beratende Gremium noch nicht eingesetzt ist (siehe DER TAGESSPIEGEL vom 10. Februar 2016), und was sind die genauen Gründe für die bisher nicht stattgefundene Benennung der Mitglieder dieses Gremiums?

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333